

August 2021

Policy Brief #6

Julia Weiß & Jale Tosun

Akzeptanz der Abstandregeln in Zeiten der Corona-Pandemie

Das Halten von Abstand wurde und wird als die oberste Empfehlung zur Eindämmung der Corona-Pandemie gegeben. Trotz der Relevanz staatlicher Vorgaben zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger vor allem dann Abstand halten, wenn sie politischen Institutionen vertrauen. Zur erfolgreichen aktuellen wie auch zukünftigen Pandemiebekämpfung bedarf es daher auch einer Stärkung des Vertrauens in politische Institutionen und der Regeln, die diese hervorbringen.

Ergebnisse:

- Die überwiegende Mehrheit der Befragten hält Abstand während der Corona-Pandemie.
- Als Grund für das Einhalten der Abstandregel wird vor allem die soziale Verantwortlichkeit genannt.
- Mit steigendem Vertrauen in politische Institutionen nimmt die Bereitschaft, Abstand zu halten, zu.

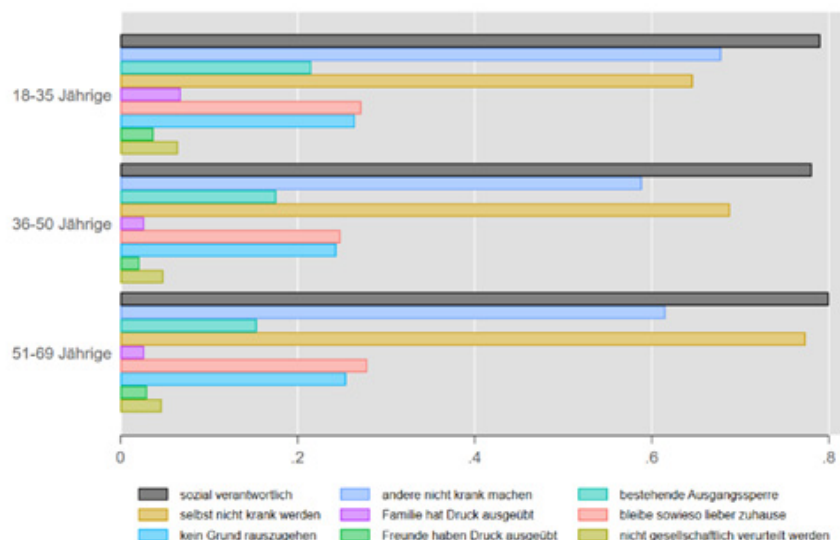
Abstandsregeln als Maßnahme zur Pandemiebekämpfung

Im März 2020 stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch des neuartigen Coronavirus (Sars-CoV-2) als Pandemie ein. In der Folge sprach die WHO als oberste Empfehlung das Einhalten von Abstandsregeln aus. Die Menschen sollten Abstand zueinander halten und jegliche unnötigen Kontakte vermeiden. Die nationalen Regierungen weltweit waren im Verlauf der Pandemie dazu gezwungen, verschiedene Maßnahmen zur Umsetzung dessen zu erlassen (Debus/Tosun 2021). Wenig erforscht ist dabei bisher, ob das Einhalten von Abstandsregeln ausschließlich auf Grund von gesetzlichen Vorgaben erfolgt oder die Menschen aus anderen Gründen bereit sind, solchen Einschränkungen ihrer individuellen Freiheit Folge zu leisten.

Dieser Policy Brief soll hierzu erste Einblicke gewähren. Zu diesem Zweck wurden im Zeitraum von November bis Dezember 2020 in elf europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, Ungarn) repräsentative Umfragen durchgeführt. Von den Befragten gaben dabei 88% an, in den letzten 14 Tagen Abstandsregeln eingehalten zu haben. In Anlehnung an Oosterhoff et al. (2020) wurde den Befragten anschließend eine Auswahl an möglichen Gründen für dieses Verhalten genannt.

Die Antworten zeigen dabei klar, dass die Erkenntnis, dass es sozial verantwortlich ist, Abstand zu halten und unnötige Kontakte zu vermeiden, am häufigsten als Grund genannt wurde. An zweiter Stelle steht der Eigen- bzw. Fremdschutz vor einer Infektion. Dabei wird im Vergleich der Altersgruppen deutlich, dass bei älteren Befragten der Eigenschutz und bei jüngeren Befragten Fremdschutz die zentrale Triebfeder für dieses Verhalten darstellen.

Abb. 1: Gründe für das Halten von Abstand



Vertrauen in politische Institutionen

Transnationale Krisen wie die Corona-Pandemie stellen häufig eine Herausforderung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern in politische Institutionen dar. Bisherige Studien zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger mit steigendem institutionellen Vertrauen auch mehr an die Fähigkeit zur Krisenbewältigung durch politische Institutionen, wie etwa dem Parlament oder auch Parteien, glauben (Van Oorschot 2008).

Wenn Staaten also stabile Institutionen besitzen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass deren Bürgerinnen und Bürger zu solidarischem Handeln bereit sind. Dabei kann das Vertrauen in das Parlament als allgemeines institutionelles Vertrauen in die repräsentative Demokratie und das Vertrauen in die Regierung als Vertrauen in die exekutiv getroffenen Entscheidungen gewertet werden (Katsanidou/Eder 2015). Die Betrachtung von institutionellem Vertrauen kann somit einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung von Solidaritätsbereitschaft in transnationalen Krisen liefern (Parth et al. 2020). Zudem ist institutionelles Vertrauen zum Erhalt der politischen Stabilität sowie für die Erholung nach einer Krise wichtig (Nakagawa/Shawn 2004).

Wenn institutionelles Vertrauen jedoch in Krisenzeiten geschwächt wird, erscheint es wahrscheinlich, dass Solidaritätsleistungen, wie etwa das Einhalten von Abstandsregeln, keine oder geringere gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Andererseits zeigen Studien auch, dass Personen mit höherem institutionellem Vertrauen sich selbst weniger von einer Krise bedroht fühlen und gleichsam an die Fähigkeiten der Institutionen, die krisenbedingten Probleme zu lösen, glauben (Koos/Seibel 2019).

Es gibt verschiedene Arten von Vertrauen. Daher stellt sich die Fragen, welche Formen des Vertrauens in politische Institutionen einen Einfluss auf die Bereitschaft haben, Abstand zu halten und damit sich selbst und andere vulnerablere Personen zu schützen.

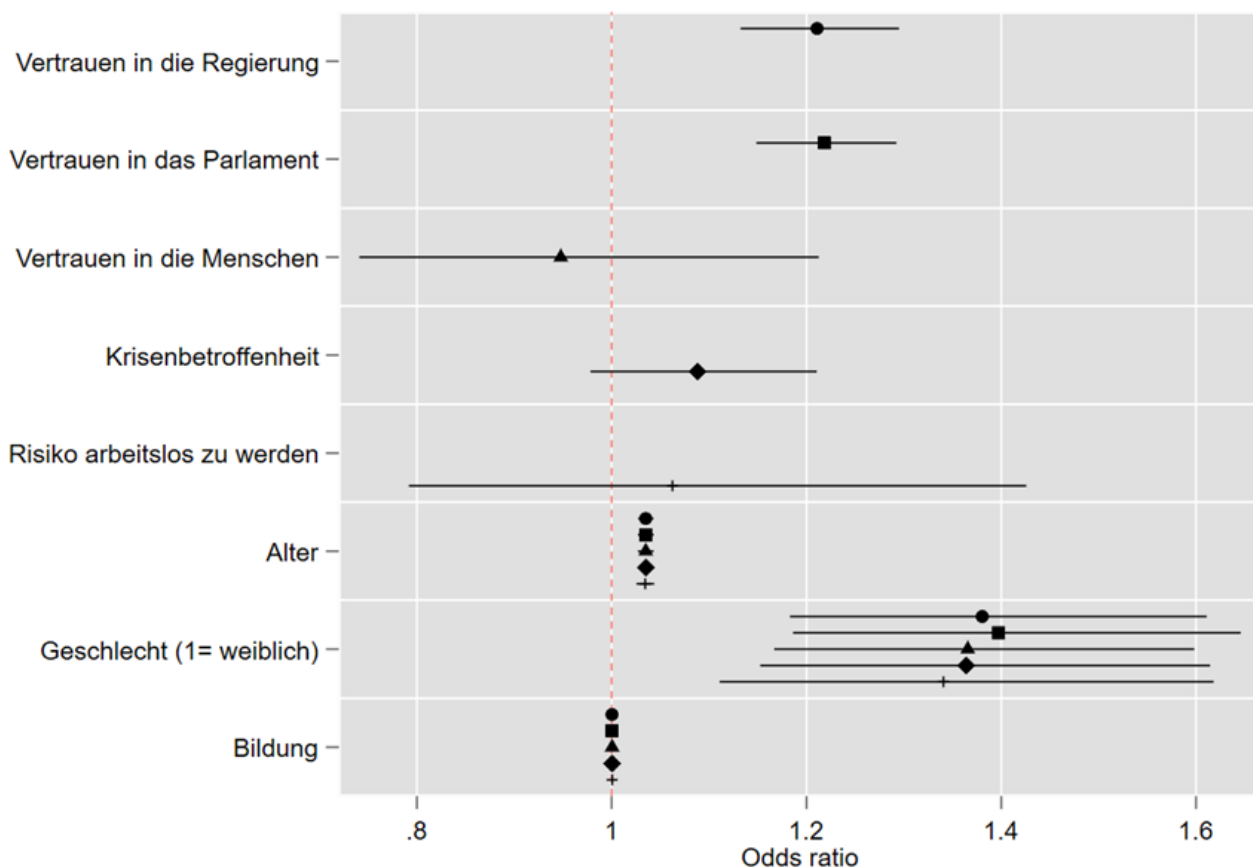
Der Einfluss von politischem Vertrauen auf das Einhalten von Abstandsregeln

Nun gilt es, den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in politische Institutionen und der Umsetzung von Abstandsregeln näher zu betrachten. Abb. 2 bietet hierzu einen Überblick, der neben den zentralen Variablen auch eine Reihe von Kontrollvariablen enthält. Diese umfassen das allgemeine Vertrauen in Menschen, die eigene Krisenbetroffenheit, das eigene Risiko, arbeitslos zu werden, Alter, Geschlecht und Bildungsstand.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Vertrauen in politische Institutionen einen positiven Einfluss darauf hat, ob sich die Befragten an Abstandsregeln halten. Dies gilt gleichermaßen für das Vertrauen in die Regierung, wie auch für das Vertrauen in das Parlament. Dagegen haben das Vertrauen in andere Menschen, die eigene Krisenbetroffenheit, das Risiko arbeitslos zu werden und der Bildungsstand keinen signifikanten Effekt auf das Einhalten von Abstandsregeln.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es eine Korrelation zwischen dem Vertrauen in politische Institutionen und dem Abstand halten als Maßnahme der Pandemiebekämpfung gibt, und dass dieser Zusammenhang auch weiterhin besteht, wenn für alternative Erklärungsgrößen kontrolliert wird.

Abb. 2: Faktoren, die das Abstand halten beeinflussen



Fazit

Die klare Mehrheit der Befragten hielt sich im Zuge der Corona-Pandemie an das Gebot, Abstand zu halten. Der am häufigsten genannte Grund dafür war, dass es als sozial verantwortliches Handeln wahrgenommen wurde, den vorgeschriebenen Abstand einzuhalten und nicht notwendige Kontakte zu vermeiden. Dies war gefolgt von Gründen des Eigen- und Fremdschutzes, wobei der Eigenschutz bei älteren Personen dominierte und der Fremdschutz bei jüngeren.

Ein Blick auf die Einflussfaktoren auf die Einhaltung von Abstandsregeln zeigte dann, dass nicht die individuellen Faktoren, wie etwa die eigene Krisenbetroffenheit oder das Risiko, arbeitslos zu werden, relevant sind, sondern dass vor allem das Vertrauen in die politischen Institutionen einen positiven Einfluss hat. Wenn Individuen den politischen Institutionen, die ihnen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung empfehlen oder sogar vorschreiben, vertrauen, dann sind sie auch eher dazu bereit, diese Maßnahmen umzusetzen. Daraus lässt sich folgendes ableiten:

Für die Menschen nachvollziehbare Maßnahmen zur Eindämmung einer Pandemie werden vom Großteil der Bevölkerung akzeptiert und umgesetzt.

Es sollte ein Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in politische Institutionen und der Bereitschaft, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung umzusetzen, geschaffen werden.

Messung der zentralen Variablen

Daten: GESIS/Solikris Corona Befragung, 2020, 11.000 Befragte.

Praktizieren von Social Distancing

Frage: Haben Sie in den letzten 14 Tagen das sogenannte Social Distancing, also Abstand halten und Kontakte vermeiden, praktiziert?

Antworten: „ja“ ; „nein“

Gründe für das Praktizieren von Social Distancing

Frage: Aus welchen Gründen haben Sie Abstand gehalten und nicht dringend notwendige Kontakte vermieden? Sie können mehrere Antworten ankreuzen.

- Es ist sozial verantwortlich
- Ich möchte nicht, dass andere krank werden
- In meiner Region/Stadt herrschte ein Ausgangsverbot
- Ich möchte selbst nicht krank werden
- Meine Familie/Eltern haben Druck auf mich ausgeübt
- Ich bleibe sowieso lieber zuhause
- Es gab keinen Grund rauszugehen
- Freunde/Bekannte haben mir gesagt, dass ich zuhause bleiben soll
- Ich wollte nicht gesellschaftlich verurteilt werden
- Aus einem anderen Grund:

Vertrauen in die Regierung

Frage: Wie sehr vertrauen Sie den folgenden politischen Institutionen? Regierung

Antworten: 1 „Überhaupt nicht“ – 7 „Voll und ganz“

Vertrauen in das Parlament

Frage: Wie sehr vertrauen Sie den folgenden politischen Institutionen? Parlament

Antworten: 1 „Überhaupt nicht“ – 7 „Voll und ganz“

Beschreibung: Mittelwert 3.77; Standardabweichung 1.82.

Literaturangaben

- Debus, M., Tosun, J. (2021). Political ideology and vaccination willingness: implications for policy design. *Policy Sciences*, <https://doi.org/10.1007/s11077-021-09428-0>.
- Katsanidou, A., Eder, C. (2015). Vote, party, or protest: the influence of confidence in political institutions on various modes of political participation in Europe. *Comparative European Politics*, 16(2), 290-309.
- Koos, S. & Seibel, V. (2019). Solidarity with refugees across Europe. A comparative analysis of public support for helping forced migrants. *European Societies*, DOI: 10.1080/14616696.2019.1616794.
- Nakagawa, Y. & Shaw, R. (2004). Social capital: A missing link to disaster recovery. *International Journal of Mass Emergencies and Disasters*, 22(1), 5-34.
- Oosterhoff, B., Palmer, C.A., Wilson, J., Shook, N. (2020). Adolescents' Motivations to Engage in Social Distancing during the COVID-19 Pandemic: Associations with Mental and Social Health. *Journal of Adolescent Health*, 67, 179-185.

Parth, A., Tosun, J. and Weiß, J. (2020): Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten. Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland“. *GESIS Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, Ausgabe 65:15-21.

Van Oorschot, W. (2008). Solidarity towards Immigrants in European welfare states. *Journal of Social Welfare*, 17, 3-14.

Bisher in dieser Reihe erschienen:

Weitere Policy Briefs zu den Projektergebnissen finden Sie hier:

<https://www.gesis.org/projekte/solikris/veroeffentlichungen>

Das Forschungsprojekt Solikris

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt **Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa**, kurz Solikris, erforscht die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse in Zeiten europaweiter Krisen. Ziel ist es, sowohl die Auswirkungen von Krisen auf Solidarität besser zu verstehen als auch den Fokus auf eben jene Aspekte zu legen, welche die größten Probleme oder Herausforderungen für etablierte Demokratien bedeuten. Solikris vereint mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler/innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Projektlaufzeit: 01.12.2017 - 01.12.2020

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum & Kontakt

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Unter Sachsenhausen 6-8
50667 Köln
info@gesis.org